

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus
geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen
Verkehr monatlich 1.50 M. : Einzelnummern 10 Pf.
Ottokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg
Zweigst. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges.
Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Pettzeile oder deren
Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., außerh. 15 einchl.
Infl.-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. : Rabatt nach Tarif.
Für Offerten u. bei Auskunfterstellung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. : Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr. : In Kontofällen od. wenn gerichtlich
Beitrag. : Notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr. weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung Theodor Gae in Wildbad, Wilhelmstraße A 151; Wohnung: Charlottenstraße 221

Nummer 6

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 9. Januar 1925

Februar 179

60. Jahrgang

Noch ein Wirtschaftsvertrag

Die Verhandlungen mit Polen

Am heutigen Dienstag begannen in Berlin die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. In der polnischen Presse tobt seit Wochen ein heftiger Meinungsstreit über die Frage, für welche Seite der Vorschlag des Zollvertrags von größerer Bedeutung ist, für Deutschland oder für die Polenrepublik. In Polen stehen sich ja industrielle und landwirtschaftliche Interessen fast unversöhnlich gegenüber. Außerdem streuen sich die politischen Gefühle gewisser Kreise dagegen, im deutschen Nachbar die überlegende Wirtschaftsmacht anzuerkennen. Man möchte in Deutschland immer weiter den gefesselten Riesen Gulliver sehen, mit dem der Kleine und Schwache nach Belieben umspringen kann. Aber damit ist es am 10. Januar 1925 vorbei. Auch für Polen tritt an diesem Tag die einseitige Reißbegünstigung, die es seit dem Versailler Frieden im Reich genossen, außer Kraft.

Fast 60 Prozent des polnischen Außenhandels, sowohl in der Ein- als auch in der Ausfuhr entfallen auf Deutschland, während umgekehrt Polen in der deutschen Außenhandelsstatistik mit kaum 4,5 Prozent steht. Tatsache ist ferner, daß das überindustrialisierte Deutschland nach neuen Absatzgebieten suchen muß, will es die ungeheueren Ansprüche seiner ehemaligen Kriegsgegner aus dem Dawesplan befriedigen. Deutschland ist Hauptabnehmer der polnischen (früher deutschen) Rohle aus Oberschlesien, der polnischen Holzwirtschaft und polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Deutschland liefert nach Polen vor allem Erze und Baumaterialien, Kleider und Wäsche, Farbstoffe und Papierwaren. In diesen Artikeln ist Deutschland geradezu ausschlaggebend, ist es geblieben trotz der wenig glücklichen Beziehungen zwischen Berlin und Warschau, trotz der Pariser Freundschaft der Polen und trotz ihrer französischen Rüstungskredite.

Nachdem in Polen wie in Deutschland die Festigung der Währung durchgeführt ist, scheinen die Bedingungen für eine weitere Entwicklung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs noch günstiger zu werden. Das polnische Wirtschaftsleben ist allerdings von der angestrebten Gesundung weiter entfernt als das deutsche. Polen wurde durch das russische Außenhandelsmonopol an dem Ausbau seiner Ostbeziehungen gehindert, durch die Inflationszeit der Kaufkraft des Inlandmarktes beraubt. Die polnische Wirtschaft leidet an Absatzmangel, an Kapital- und Kreditnot. Die polnische Regierung hat Handelsverträge mit Rumänien, Jugoslawien, Frankreich, Belgien, England, Dänemark, der Schweiz, Österreich, der Türkei, Holland und Japan abgeschlossen. Nur mit den nächsten Nachbarn Deutschland, Tschechoslowakei und Rußland haperte es. Mit Deutschland beilegte man sich am allerwenigsten, weil es ja der polnischen Ausfuhr nach dem Vertrag von Versailles offen stand.

Wollte Deutschland am 10. Januar seine Grenze nach Polen schließen, so wäre dieser Zustand für Polen unerträglich. Was die Durchfuhr anbelangt, so hofft man, im polnischen Handelsministerium, daß sie im Rahmen des neuen Vertrags befriedigend gelöst wird: Deutschland benötigt den polnischen Weg nach Rußland, während Polen für seinen Handel mit dem Westen auf den deutschen Weg angewiesen ist. Die deutsche Regierung wird wohl übrigens kaum in der Lage sein, einen langfristigen Handelsvertrag mit Polen abzuschließen, solange die Verträge mit den Westmächten nicht unter Dach und Fach gebracht sind. Ein Reißbegünstigungsabkommen vorläufig für sechs Monate dürfte die zweckmäßigste Lösung sein. —er.

Frankreich will nicht zahlen

Umso mehr erwartet es von den Deutschen, daß sie pünktlich und unverzüglich ihren Zahlungen nachkommen. Und als wir im Januar 1923 mit der Lieferung einiger Telegraphenstangen im Rückstand waren, flugs ließ Poincaré seine weißen und schwarzen Soldaten über die Grenze des Ruhrgebietes marschieren.

Aber wenn es für den Franzmann ans Zahlen geht, da sucht er sich auf alle mögliche und unmögliche Weise zu drücken. So reich auch Frankreich jetzt sein mag — ein englisches Blatt meinte unlängst, es sei das reichste Land der Welt —, so hat es doch Schulden von wahnwitziger Höhe. Im Ganzen sollen es 28—30 Milliarden Goldfranken sein, die es an halb Europa und ganz besonders an Amerika schuldet.

Amerika will nun endlich zu seinem Geld kommen. Alle bisherigen Mahnungen waren völlig vergeblich. Der Senator Borah schlägt deshalb eine Weltkonferenz vor, auf welcher nicht nur über die Abrüstung, sondern namentlich auch über die Verbandsschulden verhandelt werden soll. Mit England — und das ist ein Verdienst Baldwins — wären die Amerikaner soweit in Ordnung. Nach dem getroffenen Abkommen soll England in 68 Jahresraten bei einer Verzinsung von 2,5 v. H. seine Schuld abtragen.

Tagesspiegel

Staatssekretär Trendelenburg erstattete am Donnerstag dem Reichsministererrat Bericht über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen in Paris.

Der preussische Landtag wählte in der Stichwahl den Abg. Bartels (Soj.) mit 201 Stimmen zum Landtagspräsidenten; Abg. von Kries (Deutschnat.) erhielt 178 Stimmen.

Der Pariser „Avenir“ schreibt, Herriot werde in nächster Zeit aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten. Als sein Nachfolger komme Finanzminister Clementel in Betracht.

Wie aber soll es mit Frankreich gehalten werden? Am liebsten würde es überhaupt nichts bezahlen. Wenn es aber doch sein muß, dann verlangt es erstens einen zehnjährigen Zahlungsaufschub (also bis 1935), zweitens von dort ab einen 80jährigen Tilgungszeitraum und drittens will es nur 0,5 v. H. Zins zahlen. Ueberhaupt soll der ganze Zahlungsplan von dem Eingang der deutschen Zahlungen abhängig gemacht werden.

Nun hat England nichts gegen die geforderten Vergünstigungen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß, wenn Frankreich an Amerika zu zahlen beginnt, es gleichzeitig auch seinen Verpflichtungen gegenüber England nachkomme.

Amerika aber drängt auf Zahlung. Es sagt sich mit Recht, so gut Frankreich Geld für seine und seiner Trabanten gewaltigen Rüstungen hat, so gut kann es auch seine Schulden bereinigen. Der amerikanische wie auch der englische Steuerzahler sehen nicht ein, warum sie unter den unfinnigen Heeresausgaben Frankreichs, die am Ende auch gegen England gerichtet sind, persönlich leiden sollen.

In Frankreich selbst aber lassen sich neuerdings Stimmen hören, welche die seitherige Finanzpolitik der Regierungen Clemenceau und Poincarés scharf tadeln. Man habe alle möglichen günstigen Gelegenheiten einer Einigung mit den Gläubigern in Washington und London verpaßt, unter dem lächerlichen Vorwand: „Der Bosh wird alles bezahlen.“ Mittlerweile sei Frankreichs Kredit und Währung gesunken. Und so ruft Caillaux in einer Weihnachtsbetrachtung aus: In irgend einer Weise müssen die internationalen Schulden von der Tafel gelöscht werden.

Wie man das fertig bringen wird, ist allerdings ein undurchdringliches Rätsel. Man kann nur wünschen, daß Amerika seine Pariser Schuldner nur ebenso scharf auf den Leib rücken werde, wie Frankreich es uns gegenüber beliebt. Was du nicht willst, das man dir tut, das füg auch keinem andern zu. W. H.

Der Reichshaushaltplan für 1924

Dem Reichstag ist der erweiterte Reichshaushaltplan für 1924 zugegangen. Bekanntlich ist ein Haushaltplan für 1924 schon von dem vorhergegangenen Reichstag in Arbeit genommen worden. Die Vorlage blieb aber dann im Hauptausschuß stecken, ohne erledigt zu werden. Es machten sich inzwischen so viele Ergänzungen notwendig, daß eine vollständige Neuaufstellung des Haushaltsplans für 1924 erforderlich wurde. Im ordentlichen Haushalt werden an Einnahmen für die allgemeine Reichsverwaltung festgestellt: 5 358 021 844 Reichsmark, an fortdauernden Ausgaben 5 101 333 169, an einmaligen Ausgaben 256 688 675 Reichsmark. Die Einnahmen übersteigen also die fortdauernden Ausgaben. Dieser Betrag wird zur Deckung der einmaligen Ausgaben verwandt. Im außerordentlichen Haushalt werden festgestellt an Einnahmen und Ausgaben 664 690 814 Reichsmark. Der Gesamthaushalt für die allgemeine Reichsverwaltung schließt also in Einnahme und Ausgabe mit 6 022 712 658 Reichsmark. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrags gleicht sich mit 5 033 186 667 Reichsmark aus. Für die Herstellung des Gleichgewichts in diesem Haushalt bestand ein Zuschußbedarf von 348 071 227 Reichsmark, der auf dem Wege der Anleihe aufgebracht werden soll.

Im Haushaltgesetz ist u. a. festgelegt, daß von freien und nach Maßgabe des Reichshaushaltplans oder der Personalabbauperordnung an sich beschreibbaren planmäßigen Stellen, solange der vorgesehene Personalabbau noch nicht erreicht ist, nur jede zweite Stelle wieder besetzt werden darf. Ob der vorgesehene Personalabbau erreicht ist, stellt der zuständige Reichsminister im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister fest. Neue Anstellungs- und Beförderungstellen wurden im allgemeinen nicht aufgenommen.

Vom Verbot der Sonntagsarbeit

Auf Grund von Verhandlungen mit den Regierungen der Bundesstaaten hat der Reichsarbeitsminister Richtlinien für die Bewilligung von Ausnahmen vom Verbot der

Sonntagsarbeit aufgestellt, in denen u. a. folgendes ausgeführt wurde.

Offene Verkaufsstellen, in denen ausschließlich oder überwiegend Rohreis, Milch, Bäckerei-, Feinbäckerei- und Konditoreiwaren, frische Blumen und Zeitungen feilgehalten werden, dürfen an jedem Sonn- und Festtag mit Ausnahme des zweiten Osterfeiertags, des zweiten Pfingst- und des zweiten Weihnachtsfeiertags, auf die Dauer von zwei Stunden für den Geschäftsverkehr geöffnet sein. Der Verkauf von Rohreis und Milch ist auch an den 2. Feiertagen zulässig. Vom 1. April bis zum 30. September kann in derselben Weise der Verkauf von frischem Gemüse und Fleisch, sowie frischen und geräucherter Fischen gestattet werden. In Gemeinden mit weitläufiger Siedlungsweise kann im Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Verkauf weiterer Bedarfsgegenstände für zwei Stunden zugelassen werden. Für den Verkauf von Rohreis und Milch kann die Verkaufszeit bis zu fünf Stunden verlängert werden, ebenso für frische Blumen an Sonn- und Feiertagen, an denen ein besonders starker Fremdbesuch zu erwarten steht. Innerhalb der Geschäftszeit ist die Beschäftigung von Angestellten, Lehrlingen und Arbeitern gestattet. Die Geschäftszeit darf für die einzelnen Warenarten verschieden festgelegt, aber nicht geteilt werden.

Die Richtlinien sollen vor allem die Schwierigkeiten, die sich in Grenzgebieten benachbarter Länder aus einer verschiedenen Anwendung des Paragraphen 105 e der Gewerbeordnung ergeben haben, beseitigen. Vor Zulassung von Ausnahmen, die eine besonders sorgfältige Prüfung der Sachverhalte voraussetzt, soll auch den kreislichen Behörden Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden. Wo bisher weitergehende Ausnahmen zugelassen worden sind, als die neuen Richtlinien vorsehen, soll geprüft werden, ob und zu welchem Zeitpunkt eine entsprechende Einschränkung der Ausnahmen möglich und zweckmäßig ist.

Neue Nachrichten

Neuer Auftrag an Marx

Berlin, 8. Januar. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Marx aufs neue mit der Bildung eines überparteilichen Kabinetts beauftragt. Da indessen die Deutschnationalen auf der Ablehnung von Ministerposten, die ohne politischen Einfluß auf das Kabinett sind, beharren und in diesem Fall die Deutsche Volkspartei ihre Mitwirkung verweigert, so wird Marx, wie die B. Z. berichtet, ein Kabinett bilden, in dem nur Zentrum und Demokraten parteimäßig vertreten sind und an dem sich vielleicht die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei beteiligen werden. Jedenfalls werde dieses neue Kabinett von der Sozialdemokratie unterstützt werden, wenn sie auch nicht förmlich eintrete und keine politische Mitverantwortung übernehme.

Falls dieses Kabinett heute noch zustandekomme, werden die volksparteilichen Minister Stresemann und Jarres zurücktreten und Marx vorläufig auch das Außenministerium übernehmen. Die Besetzung der Ministerposten werde aber so vorgenommen, daß in einiger Zeit die Deutsche Volkspartei offene Plätze finde, wenn sie, wie zu erwarten sei, der Koalition auch ohne die Deutschnationalen sich wieder anschließen wolle.

Anträge im Reichstag

Berlin, 8. Jan. Dem Reichstag ist eine große Anzahl von Anträgen zugegangen, von denen viele bereits bekannt sind. Die Deutschnationale Fraktion hat zu ihrem Aufwertungsantrag noch den Antrag eingebracht, daß die Regierung in einer Denkschrift eine Gegenüberstellung der Preise derjenigen Gegenstände gibt, die die Landwirtschaft verkauft und die sie kaufen muß. Die Bayerische Volkspartei beantragt die Kündigung des spanischen Handelsvertrages und fordert die Reichsregierung auf, in neuen Verhandlungen den deutschen Weinbau durch entsprechende Zollsätze vor der Vernichtung zu schützen.

Die deutsche Antwortnote

Paris, 8. Januar. Die Note der deutschen Reichsregierung ist heute in den Blättern veröffentlicht worden.

Bund aller Russen

London, 8. Januar. Die „Morningpost“ erfährt aus Belgrad, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der frühere Oberkommandierende des russischen Heeres, sei eifrig bemüht, einen „Bund aller Russen“ zu gründen, die unter der bolschewistischen Gewaltherrschaft zu leiden haben.

London, 8. Januar. Das Northcliffeblatt die „Times“ ergeht sich wegen der deutschen Antwort auf die Volkshafternote in heftigen Angriffen gegen Deutschland; es sei eine Tatsache, daß Deutschland nicht nur seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe, sondern zu einem neuen Krieg rüste. Die „Westminster Gazette“ wiederholt ihren Vorschlag, den

Streitfall einem unabhängigen Ausschuss des Völkerbundes vorzulegen unter dem Vorsitz eines Neutrals.

Von der Finanzministerkonferenz

Paris, 8. Januar. Die Blätter sind mit dem Anfang der Konferenz der Finanzminister nicht zufrieden. Frankreich habe seine Karten offen auf den Tisch gelegt, aber England und Amerika machen gemeinsame Sache. Der rechtsliberale „Rappel“ ist enttäuscht, daß das siegreiche Frankreich behandelt werde wie das besiegte Deutschland. Die „Journé Industrielle“ tritt der amerikanischen Ansicht entgegen, daß England berechtigt sei, an dem Ruhrertrag von rund 1,9 Milliarden Goldmark (nach Abzug der von Frankreich und Belgien geforderten Besetzungskosten noch rund 1 Milliarde) teilzuhaben. Die größeren Einnahmen aus dem Ruhrgebiet seien allein der Besetzung zu verdanken, England aber habe stets den passiven Widerstand Cunos und der dortigen Schwerindustrie unterstützt.

Englisch-amerikanische Abmachungen

Paris, 8. Jan. Gestern Abend fanden wichtige Besprechungen zwischen dem englischen Schatzkanzler Churchill und den amerikanischen Vertretern Kellogg und Oberst Logan und später mit dem italienischen Finanzminister De Stefani und dem belgischen Ministerpräsidenten Theunis statt. Auch mit dem französischen Finanzminister Clementel hatte Churchill eine Sonderbesprechung, worüber Clementel berichtet. Es scheint, daß zwischen Churchill und den Amerikanern ein Uebereinkommen erzielt wurde, daß England gegen die amerikanischen Forderungen von 250 Millionen Dollar für ihre frühere Besetzung und 350 Millionen Dollar für allgemeine Kriegsschädigung keine Einwendungen mehr erhebt. Welche Zugeständnisse die Amerikaner dagegen England gemacht haben, ist noch nicht bekannt. Churchill erklärte sich bereit, solange in Paris zu bleiben, bis die amerikanischen Forderungen anerkannt seien, da die Amerikaner erklärt hätten, daß sie sich auf weitere Verzögerungen nicht mehr einlassen wollen.

Wer bezahlt die 600 Millionen Dollar?

Ueber die Frage, wie die von Amerika geforderten 600 Millionen Dollar für Besetzungskosten und Kriegsschäden bezahlt werden sollen, da keiner der Verbündeten von seinen Ansprüchen an die deutschen Vorkriegsleistungen etwas aufgeben will, berichten die Blätter gerüchtweise, England habe den Vorschlag gemacht, die Summe in Jahreszahlungen von 8 Millionen Dollar abzutragen. Belgiens bevorrechtete Forderungen seien abbezahlt und es müsse nun an die Abtragung seiner Schulden denken und es müsse von seinem ihm noch zustehenden Anspruch zu Gunsten der Amerikaner ablassen und zwar von der diesjährigen Verteilung 3 Prozent. Dafür könne man Belgien die Ermäßigung seiner Kriegsschuld an England und Amerika von 3,5 auf 2,5 Milliarden zusagen.

Die Londoner „Daily Mail“ erfährt, die Verbündeten haben beschlossen, an der in Spa feinerzeit beschlossenen Verteilungsart der Kriegsschädigung nichts zu ändern, dagegen solle die Gesamtschädigungssumme entsprechend erhöht werden.

Ein Vorschlag Clementels

Finanzminister Clementel schlug Churchill vor, auf den vom englischen Außenminister Curzon im August 1923 gemachten, von Poincaré aber abgelehnten Vorschlag zurückzugreifen, daß nämlich die Kriegsschulden Englands an die Vereinigten Staaten in ihrem Gegenwert von 14,2 Milliarden Goldmark in der Weise bezahlt werden, daß 11 Milliarden auf die Kriegsschädigung Deutschlands geschlagen würde; Frankreich und die übrigen Schuldner Englands sollten den Rest von 3,2 Milliarden an England bezahlen. Churchill verbielt sich diesem Plan gegenüber bis jetzt ablehnend.

Belgien verlangt, daß seine Kriegsschulden durch Deutschland in wenigen Jahren bezahlt werden.

Der italienische Wahlgeschehen

Rom, 8. Jan. Im Ministerrat erklärte Mussolini, sobald das neue Wahlgesetz genehmigt sei, werde die Kammer aufgelöst und die Neuwahl ausgeschrieben. Der Ministerrat sprach sich bei der Beratung des Wahlgesetzes für die Einführung der „Pluralstimmen“ aus, wonach den gebildeten Wählern zwei der mehr Stimmen zustehen, während Wähler, die des Lesens und Schreibens unfähig sind, nur eine Stimme haben. Das Vermögen des Wählers bleibt ohne Einfluß. Ferner sollen Bewerber, denen

keine anderen Bewerber entgegengestellt sind, ohne Rücksicht auf die Stimmenzahl als gewählt gelten, doch müssen die aufgestellten Bewerberlisten von einer großen Anzahl der Wähler unterzeichnet sein. Der Ministerrat sprach sich gegen die Wahlprüfung und die Einhellung der Stimmentzettel in Briefumschläge aus und lehnte das Wahlrecht für Ausgewanderte ab. Die Bestimmung über das Alter der Wählbarkeit und die Einteilung der Wahlkreise bleiben unverändert.

Die Ankündigung der Neuwahlen durch die Regierung hat die politische Erregung verstärkt.

Kundgebung der italienischen Opposition

Rom, 8. Jan. Die Oppositionsparteien des Parlaments, die noch immer das Erscheinen im Parlamentsgebäude meiden und auf dem Aventin gesonderte Sitzungen abhalten, werden nach den Blättern auf die letzte Kammerrede Mussolinis eine Kundgebung veröffentlicht, in der sie u. a. den Vorwurf der Aufrührerstiftung und der Standal-macherei zurückweist.

Wahlen in Spanien

Madrid, 8. Jan. Die Gemeindebehörden in allen Provinzen sind aufgefordert worden, die Listen für die Senatswahlen aufzustellen. Dies würden die ersten verfassungsmäßigen Wahlen seit dem Bestehen des Direktoriums sein. König Alfonso ist erkrankt. Der stellvertretende Vorsitzende des Direktoriums, General Magaz, teilte den fremden Zeitungsberichterstattern mit, die Meldungen über Kämpfe in Marokko seien falsch; im spanischen Schutzgebiet herrsche zurzeit Ruhe.

Ein Davesplan für Rußland

London, 8. Januar. In Geschäftskreisen wird vorgeschlagen, daß ein internationaler Ausschuss mit der Untersuchung der Hilfsquellen Rußlands nach dem Vorbild der Sachverständigen-Untersuchung in Deutschland beauftragt werde. Wenn Rußland daran liege, Anteil zu bekommen, so werde es dem Vorschlag zustimmen.

Einpruch des besetzten Gebiets.

Berlin, 8. Jan. Am Samstag wird eine Abordnung aus den besetzten Gebieten dem Reichskanzler einen Einpruchskundgebung gegen die verlängerte Besetzung übergeben. Führer der Abordnung ist der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer.

Polnische Rechtsverletzung

Danzig, 8. Jan. Die polnische Regierung hat am 5. ds. während der Nacht im Stadtkreis Danzig Briefkästen anbringen lassen, um sich des Postwesens zu bemächtigen. Der Senat der Stadt Danzig hat gegen diese freche Verletzung der bestehenden Verträge bei der polnischen Regierung scharfen Einspruch erhoben und die sofortige Einstellung des polnischen Postdienstes und die Beseitigung der Briefkästen gefordert.

Die polnische Regierung richtete eine Beschwerde an den Danziger Senat wegen Beschmutzung der Briefkästen.

Die deutsche Antwort

Berlin, 8. Jan. Die deutsche Antwort auf die Note des Botschafterrats über die Räumungs- und Entwaffnungsfrage lautet: Trotz der dringenden Vorstellungen der deutschen Regierung haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, die nördliche Rheinlandzone am 10. 1. nicht zu räumen. Die für lange Jahre vorgesehene Besetzung großer deutscher Gebiete durch fremde Truppen ist eine der härtesten Bestimmungen des Versailler Vertrags.

In den letzten Jahrhunderten der Geschichte wird kaum ein Gegenstand zu der militärischen Besetzung von solchem Umfang und solcher Dauer zu finden sein. Die verbündeten Regierungen haben damit dem Empfinden des deutschen Volkes einen harten Schlag versetzt und seine Hoffnung, jetzt endlich an eine Konsolidierung seiner Verhältnisse und an eine ruhige Zusammenarbeit mit den anderen Völkern herangehen zu können, schwer erschüttert.

Die alliierten Regierungen berufen sich zur Begründung ihres Vorgehens auf deutsche Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage, beschränken sich indes einstweilen darauf, diese Verfehlungen allgemein anzudeuten. Nach Ansicht der deut-

lichen Regierung hätte es der Tragweite der Angelegenheit entsprochen, wenn die Mitteilung der Tatsachen, worauf die verbündeten Regierungen ihren Beschluß stützen, nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden wäre. Die baldige Mitteilung dieser Tatsachen dürfte umso mehr erwartet werden, als die Beurteilung des Sachverhalts selbstverständlich nicht etwa von dem einseitigen beliebigen Ermessen der verbündeten Regierungen abhängt.

Durch ihr Verfahren nahmen die verbündeten Regierungen der deutschen Regierung die Möglichkeit, zu den Vorwürfen schon jetzt im einzelnen Stellung zu nehmen. Sie muß daher verlangen, daß die angekündigte weitere Mitteilung aufs äußerste beschleunigt wird. Schon jetzt muß die deutsche Regierung aber feststellen, daß der Versuch, eine Verzögerung der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit dem Stand der deutschen Abrüstungen zu begründen, von vornherein als verfehlt anzusehen ist.

Es ist richtig, daß der Art. 429 des Versailler Vertrages die Räumung des besetzten Gebiets zu den dort vorgezeichneten Terminen von der getreulichen Erfüllung der deutschen Vertragsverpflichtungen abhängig macht. Bei sachlicher Auslegung dieses Artikels könnte aber von den verbündeten Regierungen das Recht zu einer Hinausschiebung der Räumung nur dann in Anspruch genommen werden, wenn deutsche Verfehlungen vorlägen, deren Bedeutung der außerordentlichen Härte der Verlängerung der Besetzung entspricht.

Deutschland ist auf Grund der Vertragsbestimmungen in einem Maße entwaffnet, daß es in der europäischen Politik einen militärischen Faktor überhaupt nicht mehr darstellt. Angesichts dieser unzweifelhaften Tatsache kann aus Einzelheiten der Entwaffnungsfrage unmöglich ein Befugnis zu einer Vergeltungsmaßnahme gegen Deutschland hergeleitet werden, wie sie von den verbündeten Regierungen jetzt angekündigt worden sind.

Die deutsche Regierung legt daher gegen das Vorgehen der alliierten Regierungen entschieden Protest ein. Deutschland hat durch die gewaltigen Leistungen, die es auf Grund des Versailler Vertrags, insbesondere auch auf Grund der Entwaffnungsbestimmungen bewirkte, seinerseits die Voraussetzung für eine Politik friedlicher Verständigung geschaffen. Die Entwicklung der Dinge im vergangenen Jahr, namentlich der Verlauf und das Ergebnis der Londoner Konferenz, zeigten, daß eine solche Politik im Bereich der Wirklichkeiten liegt. Nur wenn die verbündeten Regierungen sich bei der weiteren Behandlung sowohl der Räumungsfrage als auch der Entwaffnungsfrage, von den gemeinsamen Interessen der europäischen Länder und der Fortführung dieser Politik leiten lassen, ist es möglich, zu der unbedingt gebotenen schnellen Regelung des durch das Vorgehen der verbündeten Regierungen geschaffenen Konfliktes zu gelangen. (Stresemann)

Deutscher Reichstag

Berlin, 8. Januar. Nachdem der Reichstag zum ersten Präsidenten den Abgeordneten Löbe (Soz.) gewählt hatte, wurde zum ersten Vizepräsidenten Abg. Graef (Thüringen, Deutschnat.) mit 247 Stimmen, zum 2. Vizepräsidenten Abg. Bell (Ztr.), zum 3. Vizepräsidenten Abg. Kieser (D. Pp.) je durch Zuruf gewählt.

Abg. Conen begründet den kommunistischen Antrag, die Abgg. Heßler, Hölein, Urbans, Pfeiffer und Rosenbaum aus der Haft zu entlassen.

Nach mehreren Ordnungsrufen an kommunistische Abgeordnete wird der Antrag an die Geschäftsordnungskommission verwiesen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) und Graf Westarp (Deutschnat.) wünschen, daß die Regierung im Auswärtigen Ausschuss Aufschluß gebe. Abg. Westarp erklärt, nach dem Vertragsbruch könne keine Rede davon sein, daß mit Frankreich weiter über den Handelsvertrag verhandelt werde. Das jetzige Kabinett, das seinen Rücktritt erklärte, habe keine Befugnis, noch Entscheidungen zu treffen, die der künftigen Regierung vorgereifen würden.

Minister Dr. Stresemann erklärt sich bereit, am Freitag im Auswärtigen Ausschuss Auskunft zu erteilen. Nächste Sitzung Donnerstag nachmittags 3 Uhr.

Im Reichstag wurde ein deutschnationaler Antrag eingebracht, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzusetzen über die Kreditgewährung an Kutsker, die Ge-

Der Karnidelbaron

Humoristischer Roman von Fritz Ganser

Ernst Kreppebühl lächelte in stender Hilflosigkeit und sah zurück, ob der Wagenhaken geschlossen sei. Und als er sich dessen versichert hatte, hieb er scharf über den Rücken der Braunen weg, daß diese ob der bisher nie an ihnen geübten unartigen Behandlung scharf anzogen und zwanzig Schritte einen linkschen Galopp versuchten.

Der mahelnden Sand. Das Stebe, alte Dahintrotteln. Schauteln nach rechts und links. Und dazu das nette Pfeifen und Knarren der beiden defekten Räder als unterhaltende Begleitung. Alles wie bei der Herfahrt und zum sanften Einschlafen animierend.

Aber Georg Eberty schlief nicht. Rein! Seine Gedanken liefen wie kribbelnde Ameisen durcheinander, waren wie fliehende Wolken über treibendem Ost, glichen den bewegten Wellen des Meeres.

Sgt!—Berlin!—Bütenhagen—Krachtwig! Und: Krachtwig!—Bütenhagen—Berlin—Sgt!

Es ging in seinem Hirn zu wie in einem brodelnden Hegentessel. Das furrte, kreiste, ritzte, hiebte, hob und senkte sich. Gab keine Ruhe. Busennadel — Busennadel — Busennadel! schien immerfort eine kreischende Stimme vor seinen Ohren zu singen.

Wie hatte er nur wäunen können, dies Mädchen noch zu lieben! Und wie hatte er sich nur einzubilden vermocht, an gebrochenem Herzen zu leiden! Wochenlang andere daran tranken, wie Johannes Adomeit, Laura Witte und sonst wer. Das seine war gesund. Aber der Jern sah in ihm. Der sah. Die Berachtung. Glühende Berachtung für alles, was sich Welt nannte. Und nach Berlin wollte er zurück. Sobald wie möglich. Hatte ihn der Teufel geplatzt, daß er nach Bütenhagen gegangen war?

Wenn er doch irgendeine Ablenkung gehabt hätte jeht! Es war ja schrecklich, so mit seinen Gedanken allein sein zu müssen!

Und er begann, nach der Rahnmama und ihren fünf Jungen Umchau zu halten, um sich eine Verstärkung zu verschaffen. Aber er fand weder die Alte noch die Jungen. Ernst Kreppebühl hatte die Mutter mit ihren Kindern zu sich auf den Bod genommen und unter das Schupleder gepusert, wo die Jungen kläglich schrien, weil es so dunkel war,

und Mama Wieze alle zwei Minuten Fluchtversuche anstellte, die immer wieder mißlang, da Ernst auf dem Posten war. Schließlich aber, nicht mehr weit von Bütenhagen verfuhr er's doch. Mama Wieze entrann mit einem geschickten Sprunge der ägyptischen Finsternis und rettete sich auf das Dach der Arche in helles Natentlicht. Dort sah sie nun, rief wehklagend nach ihren Kindern und entwich allen Bemühungen Ernst Kreppebühls, sie wieder unter das Schupleder zu sperren. Auf hoher Warte thronend, fuhr sie stolz in Bütenhagen ein. Ueber den Häuptern des Amtsrichters stehend, der an einem moralischen Kapfenhammer stärksten Grades sit und das Bütenhagener Pfaster verfluchte, über das nun schon die Arche rumpelte. Verzweifelt quälte er sich damit ab, wie es möglich zu machen sei, in denkbar kürzester Zeit wieder auf dem Asphalt Berlins dahinzurollen.

Die Kolongasse. Gott sei Dank!

Laura Witte war noch mit dem Enträumen der Garderobe ihres Zimmerherrn beschäftigt, als dieser in das Gemach trat. Sie war erstaunt, ihn so unerwartet früh heimkehren zu sehen, und sagte ihm das. „Aber es schadet ja nichts. Ich bin nun gerade fertig geworden. Kampf ist keine Probe reingekommen. Und gefunden.“

Eberty unterbrach mit einer ungeduldigen Handbewegung. „Schön, schön, Fräulein Laura.“

Er wollte erst allein sein, sich wütend auf das „Grüne“ werfen und dann verflissen nach der Decke starren.

Laura wiederholte unerbittlich und feierlich: „Und gefunden habe ich auch was.“

„Run?“ Er runzelte ärgerlich die Stirn. „Es wird was Rechtes sein?“

Sie ging zur Kommode, angelte in dem Goldschloß umher und sagte: „Eine Nadel.“

„Eine Stednadel oder eine Sichertheitsnadel?“ höhnte Eberty.

„Eine Busennadel, Herr Amtsrichter.“

„Eine Bu...?“

„Diese Nadel, Herr Amtsrichter.“ Sie hielt Eberty das Fundstück hin. Von dem wasserhellen Demant kam ein funkelndes, sprühendes Blitzen, da sich gerade ein Sonnenstrahl in dem Stein fing.

„Herrgott!“ Eberty dachte und schrie es dann. „Starrt die Nadel an. Starrt Laura an. Starrt mir weit geöffneten

Augen, öffnete den Mund und stüßte abgerissen, wie von Sinnen: „Die... se... Na... del?“

„Ja.“

„Nicht wahr! Nicht möglich! Unmöglich!“ Er stützte sich mit beiden Händen schwer auf den Tisch. „Laura!“

Laura schüttelte den Kopf und sah sich scheu nach der Tür um. Ging dem Amtsrichter der Verstand aus?

„Wo gefunden, wie gefunden?“ Aber so reden Sie doch, liebes Fräulein Laura! Laura!“ Er schrie das letzte und hürrte dann hinzu, um die Nadel der zitternden Hand des alten Mädchens zu entreißen.

Ja, den Menich war wahnsinnig geworden! Er drehte die Nadel hin und her, hielt sie gegen das Licht und sagte endlich: „Ja, sie ist.“

Ohne ein neue Aufforderung zum Sprechen abzuwarten, berichtete Laura: „Ich kloppte den grauen Rod. Dann die graue Weste. Ganz sachte. Frida hielt. Plötzlich klapperte es. Wir standen im Flur. Frida bückte sich. „Eine Nadel, Laura,“ sagte sie. Sie muß im Futter gesteckt haben. Reingerauscht sein. Einmal irgendwo...“

Georg Eberty hörte dem weiteren Bericht nicht mehr zu. Den grauen Anzug hatte er damals auf Sgtl getragen. Auch an jenem verhängnisvollen Tage. Seitdem nicht mehr. Er hatte ihn nicht mehr sehen können, hatte eigentlich vorgehabt, ihn an einen Trödler zu verkaufen, um allen Erbarmens entrückt zu sein.

Und nun? Welche Fülle von Vorstellungen! Es gab zwei Nadeln, die sich glichen wie ein Ei dem andern. War er denn vernarret gewesen, das nicht schon längst sich zu sagen!? Eine dieser Nadeln hatte er geerbt, die andere, das war jeht sonnenklar, das Mündel, Renate Brandt. Weiter! Er hatte geglaubt, seine Nadel verloren zu haben. Aber sie war im Futter der Weste sitzen geblieben. Hatte sich da wo! festgepießt. Weiter!...

Das Weiterdenken wurde ihm furchtbar schwer. Eine heisse Scham ließ seine Gedanken nicht vorwärts kommen. Endlich riß er sie zurecht... Er hatte ein ungeschuldiges Menschenkind im schwärzesten, gemeinsten Verdacht gehabt. Und dies Menschenkind war ein Engel, eine Heilige, eine Gerechte!... Aber er war ein Berruchter. Ein ganz erbärmlicher, gewöhnlicher Kerl!

„Blui Teufel!“

Und nun? Weiter, weiter! (Vorfesung folgt.)

brüder Baromat und Jakob Michael aus öffentlichen Mitteln, und inwiefern das Reichsinteresse hierdurch geschädigt wurde, bezw. welche Personen und amtliche Stellen für diese Vorkommnisse verantwortlich oder in sie verwickelt sind.

Württemberg

Stuttgart, 8. Jan. Vom Landtag. Der Abg. Dangel (Ztr.) hat an das Staatsministerium folgende kleine Anfrage gerichtet: Die Einkommensteuerverteilung wirkt sich in vielen Gemeinden derart aus, daß die Gemeinden, in denen der Grundbesitz liegt (z. B. große Waldungen, obwohl diese oft große Lasten wie Wegunterhaltungen usw. haben), zu wenig an Einkommensteuer, die Wohnsitzgemeinden wesentlich mehr bezw. den Hauptteil erhalten. Ist das Staatsministerium bereit, bei der Reichsregierung zum Ausgleich auf eine bessere Verteilung der Einkommensteuer hinzuwirken?

Edelmetallmesse. Vom 13.—17. Januar findet im Stuttgarter Handelshof die 11. Großlisten- und Export-Edelmetallmesse ab.

Vom Tage. Am Dienstag abend entstand in einem Hause der Böheimstraße ein Zimmerbrand. Eine Person mußte mit ernstlichen Brandwunden ins Marienhospital übergeführt werden.

Aus dem Lande

Heilbronn, 8. Jan. 100-jähriges Geschäftsjubiläum. Die Firma Friedr. Icherning, Kolonialwarengroßhandlung und Groß-Kaffee-Rösterei konnte auf ihr hundertjähriges Bestehen zurückblicken.

Gerabronn, 8. Jan. Schwere Unfall. Beim Holzfällen wurde der 20 J. a. Sohn des Landwirts Jäger von Rüdershagen von einer abspingenden Wurzel eines Baums, der in unvorhergesehener Richtung fiel, auf den Unterleib getroffen und schwer verletzt.

Engenroth, N. Altwangen, 8. Jan. Brand. Die Scheuer des Landwirts Josef Birk wurde mit reichem Stroh- und Futtervorräten durch ein Feuer, dessen Entstehungsursache unbekannt ist, vollständig vernichtet.

Wasserfalling, 8. Jan. Leichenfindung. Der seit 5. Dezember vermehrte Vorwärtzer Karl Ebert von hier wurde am Montag vormittag tot aus dem Kocher gelandet. Gemütsstörungen dürften die Ursache des Selbstmordes sein.

Heidenheim, 8. Jan. Neubau. Die allgemeine Ortskrankenkasse hat einen Bauplatz gekauft und wird einen großen eigenen Bau erstellen, weil die seither gemieteten Räume nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wormlingen, N. Rotenburg, 8. Jan. Lebensrettung. Der 12-jährige Sohn des Schmieds Kaspar Schauble, der das Eis des Feuersees auf seine Tragfähigkeit untersuchen wollte, brach ein. Er wurde vom Tod des Ertrinkens durch den Kaufmann Hermann Miller mit Hilfe einer langen Stange gerettet.

Altoberndorf, 8. Jan. Tödlicher Unfall. Der im Lederwarenwerk beschäftigte Arbeiter Wilhelm Rohr, Vater von zehn Kindern, ist tödlich verunglückt. In einem Raum der Fabrik zog er sich durch ausströmende Gase eine Vergiftung zu, die den Tod des allgemein geachteten Mannes zur Folge hatte.

Münchingen, 8. Jan. Brand. Im benachbarten Dottingen entstand in dem Wohn- und Oekonomiegebäude des Schuhmachermeisters Walz ein Brand, dem das ganze Anwesen zum Opfer fiel.

Schwenningen, 8. Jan. Brand. In der Nacht auf Dienstag brach in dem Wohnhaus des Schuhmachers Friedr. Benzling Feuer aus. Das Feuer entstand in der Dachkammer, in der der bei Benzling beschäftigte Lehrling Federle im Bett Zigaretten rauchte. Er ist während des Rauchens eingeschlafen, so daß das Bett Feuer fing. Der ganze Dachstuhl wie auch die Wohnräume haben durch das Feuer und besonders durch das Wasser starken Schaden gelitten.

Friedrichshafen, 8. Jan. Wasserflugzeug-Unfall. Bei einem Flug, der einen jungen Flieger mit der Maschine vertraut machen sollte, rutschte das Flugzeug unmittelbar nach dem Start aus beträchtlicher Höhe ab. Ein Bodenseedampfer gab die erste Hilfe. Nach dem Bericht von Augenzeugen fand der bekannte Fliegerlehrer Wland den Tod. Ein zweiter Flieger erlitt eine Beinverletzung.

Vom Bodensee, 8. Jan. Ein Verirrter. Dieser Tage kehrte im Taubenschlag eines Rafermeisters ein fremder Läufer ein, an dessen Bein man eine kleinen Aluminiumring mit einer kleinen Kapsel entdeckte. Die Kapsel enthielt eine militärische Meldung vom April 1924 an das Pionierbataillon Ulm, das eigentlich der Bestimmungsart der Briefftaube war. Ob der Läufer durch einen Raubvogel oder Umweiser vom rechten Weg abkam, läßt sich nicht feststellen. Der Verirrte wurde der hiesigen militärischen Brieftaubestation übergeben.

Ulm, 8. Jan. Vom Münsterplatzwettbewerb. Bei dem von der Stadtverwaltung Ulm ausgeschriebenen Wettbewerb hat das in den letzten Tagen hier tagende Preisgericht folgende Entscheidung getroffen: Von den rechtzeitig eingetroffenen 478 Entwürfen wurden 15 zur Auszeichnung ausgewählt. Einen ersten Preis von 3000 M. erhielten 1. Adolf Schmidt, Architekt, Augsburg, und 2. E. Schwein, Unternehmens- für Hoch- und Tiefbau, Augsburg (Mitte zwei Plätze), 2. Ernst Schwaderer und Walter Hof, Dipl.-Ingenieure, Stuttgart (Barfüßerhof), 3. G. v. Teufel, Professor, Karlsruhe (Ulrich Enfinger).

Friedrichshafen, 8. Jan. Skandal. Wegen Unterschlagung wurde der Kommissar Ruck verhaftet. Er hat an die Schlossverwaltung hier 100 Zentner Stroh geliefert, jedoch 180 Zentner in Rechnung gestellt. Das Stroh ist in der städtischen Gassanstalt gewogen worden. Am Montag früh wurde der Gaswerksmeister Gsell im Werk unter Vergiftungsercheinungen bewußtlos aufgefunden, konnte aber wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Es scheint, daß der Vorfall mit der Verhaftung des R. in Verbindung steht. Die Untersuchung dürfte auch auf frühere Verfehlungen des R. an die Schlossverwaltung ausgedehnt werden.

Baden

Karlsruhe, 8. Januar. Der Badische land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband hält am Samstag, den 17. Januar 1925, nachmittags 2.30 Uhr in Karlsruhe im Restaurant Moninger seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab.

Wie wir aus Leipzig hören, ist die für 7. Januar vorgesehene Sitzung des Reichsschiedsgerichtshofes über den Reichseinkommensteuergesetz gegen die Erhöhung der badischen Beamten-

gehälter infolge eines Formfehlers auf Samstag, 10. Januar, verlegt worden.

Das Staatsministerium hat dem Kaufmann Heinrich Hanhart in Gailingen (Amt Konstanz) und dem Beamten Karl Harbort in Mannheim die badische Rettungsmedaille verliehen. Jeder der beiden hatte unter eigener Lebensgefahr ein Mädchen vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Pforzheim, 8. Jan. Am Dienstag ereignete sich im großen Operationsaal des städt. Krankenhauses durch Entzündung der Alkoholbehälter eine Explosion, wobei die 33 Jahre alte Krankenschwester Marie Dehner aus Grosselfingen bei Hechingen starke Brandwunden erlitt, an deren Folgen sie starb. Es besteht Verdacht, daß die Tat durch Fahrlässigkeit verursacht wurde. Eine Verhaftung wurde vorgenommen.

Bruchsal, 8. Jan. Der 38 Jahre alte Chauffeur Paul Kallenbach befand sich mit dem Personenauto seiner Firma auf der Rückfahrt. Auf der recht nassen Landstraße gegen Karlsdorf kam der Kraftwagen ins Schlendern und überschlug sich. Kallenbach kam derart unter den Wagen zu liegen, daß er sofort totgedrückt wurde.

Heidelberg, 8. Jan. Die Näherin Luise Rusche von Freiburg, die in den letzten Tagen und zuletzt gestern auch hier Unterfüßungsschwindelereien in Beträgen bis zu 100 M. verübte, wurde hier ermittelt und festgenommen.

Mannheim, 8. Jan. Durch ausströmendes Gas wurden in einem Schlafzimmer drei Personen getötet. Der in dem Schlafzimmer befindliche Gasofen hatte anscheinend nicht den erforderlichen Abzug in ein Kamin.

Frankenthal, 8. Jan. Der Hilfsbrauer Johann Badermann aus Heudelheim fiel beim Verlassen des Arbeitsaufenthaltsraumes die etwa 4 Meter hohe Stiege herab und zog sich dabei einen Schädelbruch zu, dem er erlegen ist.

Donaueschingen, 8. Jan. In Pfaffental ist zur Zeit eine Düffelweberfirma damit beschäftigt, nach Erze zu graben. In früheren Zeiten wurden am Raps bei Gottmadingen Erze gewonnen, die in Bachzimmern verhüttet wurden. Eines der letzten Teile des damaligen Erzbergwerkes ist der sog. Erzhaufen am Raps. Der Betrieb des Werks ist vor rund 75 Jahren eingestellt worden.

Neustadt i. Schw., 8. Jan. Der Verein der Schluchseeinteressenten in Neustadt hat ein Gutachten ausarbeiten lassen, in dem von verschiedenen Seiten aus gegen den Plan des Schluchseewerkes Stellung genommen wird.

Schutterwald, 8. Jan. Beim gestrigen dritten Wahlgang zur Bürgermeisterwahl wurde der Kandidat der Arbeiterpartei Junter gewählt. Er erhielt 32, das Zentrum 26 Stimmen. Zwei Stimmen waren ungültig.

Niederbühl, 8. Jan. In dem Hof des Gemeindeführers Seih wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag gegen 11.30 Uhr eine Handgranate geworfen, die jedoch glücklicherweise Menschen nicht verletzte, aber einigen Schaden am Haus anrichtete. Bis jetzt sind drei junge Burschen verhaftet und nach Rastatt in die Untersuchungshaft eingeliefert worden.

Lörrach, 8. Jan. Auf dem Lörracher Flugplatz ereignete sich gestern mittag ein schweres Unglück. Der Flieger Schepe, Fluglehrer der Frankfurter Fliegerschule, stieg mit seinem Mechaniker Fleisch zu einem Flug auf. Kurz nach dem Start in einer Höhe von etwa zehn Metern wurde der Apparat durch einen Rückenwind niedergedrückt, wobei er einen Baum streifte. Dadurch wurde eine der unteren Tragflächen des Apparates abgerissen. Der stürzte zu Boden und begrub die beiden Insassen unter sich. Der Flieger Schepe wurde lebensgefährlich verletzt. Der Mechaniker Fleisch erlitt Verletzungen am Kopf und im Gesicht.

Notiales.

Widdach, 9. Jan. 1925.

Bauernregeln für den Januar. Wenn die Tage lang, kommt der Winter erst gegangen. — Ist Dreifaltigkeit hell und klar, gibt's viel Wein in diesem Jahr. — Tanzen im Januar die Mägen, muß der Bauer nach dem Futter gucken. — Die Erde muß ihr Bett-Tuch haben, soll sie der Winterschlummer haben. — Wenn Agnes und Vinzentius kommen, wird neuer Saft im Baum vernommen. — Neujahr still und klar, deutet auf ein gutes Jahr. — Ist der Januar gelind, bräut im Frühjahr Schnee und Wind; ist er aber trüb und nah, dann bleibt leer des Winters Fäß. — Pauli Bekehr (25.) Gans gib dein Ei her.

Erhöhung der Postersatzleistung. Dem Reichstag ist ein Nachtrag zum Postgesetz zugegangen, wonach die Erplatzleistung der Post für verlorene oder beschädigte Pakete auf 3 Reichsmark für je ein Pfund und für eingeschriebene Sendungen auf 40 Reichsmark erhöht wird. Die Mindeststrafe für Postgebühren- und Postfahrpreisinterziehung soll künftig 3 Mark betragen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Kardinal Faulhaber über die Konfession. In einer Predigt verlangte Kardinal Faulhaber in München die Wiedervereinigung der christlichen Konfessionen in Deutschland, die allein den vom Reichstanzler vertretenen Gemeinschaftsgedanken verwirklichen könne. Die Wiedervereinigung würde die größte Wohltat sein, sie könne aber nicht durch Gewalt herbeigeführt werden.

Eine Klage gegen den sächsischen Staat. Der frühere sächsische Ministerpräsident Dr. Feigener hatte als Justizminister den Berliner Rechtsanwalt Dr. Werthauer mit der Abfassung eines Gutachtens in der Frage der Auseinandersetzung des sächsischen Staats mit dem ehemaligen Königshaus beauftragt, obwohl diese Angelegenheit zur Zuständigkeit des sächsischen Finanzministeriums gehört. Dieser Verstoß gegen die Verfassung scheint für den sächsischen Staat eine teure Sache zu werden, denn Dr. Werthauer fordert ein unerhörtes Honorar von etwa 750 000 Mark, obwohl die Paraphinung des sächsischen Königshauses nur etwa den dritten Teil dieser Summe beträgt. Die sächsische Regierung hat diese Forderung Werthauers abgelehnt, und dieser hat eine Klage gegen den sächsischen Staat angestrengt. Selbstverständlich ist Dr. Feigener, da er, wie in manchen andern Fällen, auch hier die Verfassung verletzt hat, für den dem sächsischen Staat entstehenden Schaden ersatzpflichtig, doch hat dieses bei der Höhe der Summe nur theoretische Bedeutung.

Amerika und der deutsche Luftschiffbau. Der Newyorker Senator Copeland hat im Kongress einen Antrag eingebracht, in dem Präsident Coolidge ersucht wird, mit dem Postkongress wegen des Deutschland auferlegten Verbots

der Herstellung von Verkehrsluftschiffen in Verbindung zu treten. Senator Copeland erklärt, es sei wünschenswert, Deutschland auch weiterhin den Bau von Luftschiffen zu Handelszwecken zu gestatten, da sich der Ankaufspreis in Deutschland niedriger stellen würde, als die Fabrikation in Amerika.

Ein schwerer Erdrutsch bedroht das Tal des Rhymany in südlichen Wales, der auf eine allmähliche Senkung des durch Springfluten unterfüllten Berges zurückzuführen ist. Die Eisenbahn, sowie die Gas- und die Wasserleitungen sind gefährdet. 120 000 Einwohner sind bedroht.

Erdbeben. In ganz Oberbaden und in der Schweiz wurden am Donnerstag früh 3.50 bis 4 Uhr heftige süd-nördliche Erdstöße, die von Donnerrollen begleitet waren, wahrgenommen. Sachschäden sind nicht verursacht worden. Der Herd des Erdbebens scheint in der Nähe von Orbe im Jura, westnordwestlich von Zürich zu liegen. Das Beben war am stärksten am Fuß des Jura.

Im östlichen Massachusetts und im südlichen New-Hampshire (Amerika) wurde am Mittwoch ein Erdbeben verspürt, das 15—20 Sekunden anhielt. In manchen Orten wurden Kamine beschädigt und Bilder fielen von den Wänden.

Hochwasser. Die Ortschaften der deutsch-holländischen Grenzgebiete beiderseits des kleinen Flusses Dinkel sind durch Hochwasserfluten stark bedroht. Das Wasser weist einen 13 Zentimeter höheren Stand auf, als dies seit Menschen-gedenken beobachtet wurde. Viele Gebäude stehen bis zu 1,5 Meter im Wasser. Selbst der Eisenbahnverkehr ist gefährdet. Die Bevölkerung ist Tag und Nacht damit beschäftigt, durch Aufwerfen von Dämmen die Wassermassen zu bezwingen.

Brand. In Frankfurt a. M. wurde die Schuhfabrik „Wdo“ mit bedeutenden Vorräten ein Raub der Flammen.

Drahtseilanschlag. Auf der Straße Magdeburg-Berlin wurde in der Nähe von Magdeburg wieder ein Anschlag auf Kraftwagen durch Drahtseilspannen verübt. Der Führer eines Autos konnte den Wagen noch rechtzeitig zum Halten bringen. Vier Personen, die sich auf die Insassen stürzten, um sie auszurauben, wurden abgewehrt. Ein zweiter Wagen, der kurz darauf anfuhr, stieß mit voller Wucht auf das Drahtseil und wurde stark beschädigt. Die Räuber sind entkommen.

Aus dem Vesteckungsstumpf. Die Amsterdamer Tageszeitung „De Telegraaf“, die während des Krieges im Dienst des Verbands zur Hege in Holland gegen Deutschland stand, war von der Zeitung „Het Volk“ beschuldigt worden, Ende 1916 von Rußland mit 60 000 Gulden bestochen worden zu sein. Das Gericht hat ausgesprochen, daß auch diese Behauptung bewiesen worden sei. — In dem „Telegraaf“ läßt u. a. auch der berühmte Maximilian Harden seine verurteilten Angriffe gegen Deutschland regelmäßig ab.

3½ Millionen Lire unterschlagen. Der Kassierer der Banca d'Italia in Genua hat Staatspapiere in Höhe von 3,5 Millionen Lire unterschlagen. Er ist verhaftet worden.

Ein Haarmann in Rumänien. Wie die Lodger Freie Presse zu berichten weiß, beginnt demnach in Szatmar (Rumänien) der Prozeß gegen den Kaufmann und ehemaligen Synagogenantworter Jakob Reiniß, dem 14 Morde zur Last gelegt werden. Er soll außerdem noch viele andere Mordtaten verübt haben, die noch nicht aufgeklärt werden konnten. Der Angeklagte erklärt sich bis jetzt immer noch für unschuldig. Er trieb in Rumänien, Ungarn und der Tschechoslowakei sein Unwesen. Wie es sich herausstellte, lockte er seine Opfer an, indem er ihnen Hilfe als Valutahändler anbot. Unterwegs erschlug er sie und nahm ihnen das Geld weg.

Vom Sport. Der finnische Langstreckenläufer Nurmi hat in Newyork eine Strecke von 5000 Metern in 14 Minuten 44,75 Sekunden zurückgelegt.

Ausrede. Eine Gattin entdeckt an dem Hofen, den der Gatte von der Jagd mitbringt, einen Zettel mit der Aufschrift „12.45“. — „Was bedeutet das, Gustav, 12.45“, fragt sie streng. — „Das — — — das ist, das ist die Stunde, zu der ich ihn geschossen habe!“ antwortet Gustav.

Gartenarbeiten im Januar

Im Gemüsegarten werden bei offenem Wetter und nicht allzuwarmem Boden die bisher noch unerledigten Rigol- und Grabarbeiten fortgesetzt. Je tiefer letzteres geschieht, um so besser gedeihen im nächsten Jahre namentlich alle Wurzel- und Knollengemüse sowie sämtliche Kopfschölen. Aber auch für alle sonstigen Gemüse ist ein tiefgegrabener Boden stets fruchtbarer als ein nur oberflächlich bearbeiteter. — Wo viel Wärrer im Boden vorhanden sind, muß er zur Säuberung mit frischgebranntem Kalk, der in der Luft ordentlich zerfallen ist, stark bestreut werden. Für den Winter eingelegte Gemüsebeete (Spinat, Rabischen usw.) werden nachgesehen und geprüft, ob die eingetretene Laub- oder Düngeerde auch ihren Schutzweck voll erfüllt oder nicht, durch Wind und Wetter lückenhaft und infolgedessen ausbesserungsbedürftig geworden sind. Dasselbe gilt von der Schutzdecke der Rieten und Einschnaggruben.

Im Obstgarte wird der Baumschnitt und das Säubern der Bäume und Sträucher von tierischen und pflanzlichen Schädlingen aller Art fortgesetzt. Jede Nachlässigkeit hierbei rächt sich im Sommer blüher am Wachstum und an der Ernte. Insbesondere ist auch die Blausäure durch Bepinselung mit Petroleum-Emulsion zu bekämpfen, da Brutherde leicht gut sichtbar sind. Aber nicht nur an Blüten, sondern auch an allen Ästen, Schuppen, Lauben, Bretterbuden, an Spallieren, Gittern, Dachvorsprüngen haben Schädlinge aller Art Unterschlupf und Schutz gesucht, sie sind hier aufzuzuchen und zu vernichten.

Das auf dem Lager befindliche Obst ist nachzusehen alle fauligen oder nicht mehr einwandfreien Früchte zu entfernen bzw. zu verbrauchen. Bei milder Witterung sind die Aufbewahrungsräume fleißig zu lüften. Kann nicht gelüftet werden, weil es zu kalt ist oder die Räume keine ordentliche Lüftungsvorrichtung haben, so stelle man breite Schiffe mit Kochsalz auf, das die Luftfeuchtigkeit aufsaugt. Ist dagegen die Luft im Raume sehr trocken, so wird durch Befeuchten des Fußbodens eine mäßige Feuchtigkeit erzeugt, damit die Obstfrüchte nicht übermäßig einschrumpfen.

Im Zier- und Blumengarten sind alle Zwiebelbeete und Rabatten mit Laub abzudecken damit nicht der Frost die jungen Zwiebelspitzen bei ihrem Erscheinen im Frühling vernichtet.

Sitzung des Gemeinderats vom 8. Jan. 1925.

Wildbad, 9. Jan. 1925.

Anwesend sind außer dem Vorsitzenden 10 Gemeinderäte, sowie der Rektor der Volksschule, Herr Fromm.

Als erster Punkt der Tagesordnung steht eine für die heranwachsende weibliche Jugend Wildbads sehr wichtige Frage zur Verhandlung. Es hat sich nämlich, wie der Vorsitzende, Herr Stadtschultheiß Wagner, ausführt, die Notwendigkeit erwiesen, die seitherige weibliche Fortbildungsschule in eine Haushaltungsschule umzuwandeln, da die Fortbildungsschule nicht das bieten kann, was nötig ist, um der weiblichen Jugend das erforderliche Rüstzeug für den Hausfrauenberuf und für den Kampf ums Dasein mitgeben zu können.

Der Vorsitzende erteilt das Wort Herrn Rektor Fromm, der dann dem Gemeinderat in längerem, bis ins kleinste ausgearbeiteten Exposé die Gesichtspunkte der notwendig gewordenen Umwandlung, sowie den Lehrplan für die zu gründende Haushaltungsschule darlegt. In letzterem ist Theorie und Praxis innig und glücklich verbunden. Da lernen die Schülerinnen neben allerhand Theorie sämtliche Hausarbeiten, ja sogar Säuglings- und Kinderpflege praktisch kennen. Besonderes Augenmerk wird auf das Kochen und den Kochzettel gerichtet sein. Da die Schülerinnen ihre Erzeugnisse in der Kochkunst selbst essen dürfen bzw. müssen, werden sie sich wohl auch ganz von selbst Mühe geben, nur gut Genießbares zu erzeugen. (Heiterkeit.)

Waschen, Bügeln, Handarbeiten, Schnittmusterzeichnen, Einführung ins Maschinennähen, nach und nach auch ins Kleidernähen, kurz, alle Handarbeiten, welche eine Frau kennen muß, werden gelehrt werden. Nebenher geht ein umfassender theoretischer Unterricht: Abfassen von Briefen, hauptsächlich Geschäftsbriefen, gut deutsch reden, schreiben, mit Freude nur Gutes lesen (keine Schundliteratur), etwas Chemie für die im Haushalt vorkommenden Naturalien, wie Soda und Seife, Eiweiß, Fette, Stärke, Zucker, Süßstoffe. Vom Most, Gärpilzen, Hefepilzen, Desinfektion usw. Gut hausälterisch Rechnen muß hauptsächlich auch jede Schülerin sich aneignen.

Da Herr Rektor Fromm im Laufe dieses oder des nächsten Monats einen besonderen Vortrag halten wird für die Töchter unserer Stadt und deren Eltern, so erübrigt es sich, an dieser Stelle auf den Lehrplan noch näher einzugehen.

Die Haushaltungsschule soll am 1. April d. J. ihre Tätigkeit aufnehmen. — Die Umwandlung wird eine Gesamtauslage von etwa 1420 M verursachen. Es wird u. a. die Anschaffung folgender Sachen nötig werden: 1 Wand-Unterrichtstafel, 4 Anrichten, 1 Porzellanschrank, 1 Kochkiste mit 4 Töpfen, 2 Gasherde mit Backöfen (System Junfer & Ruh), 1 Vorricht-Schrank, 1 Kücheltasten, 1 Wanduhr, 1 große Puppe (Größe eines Säuglings) mit Bettchen, Porzellangechir, Glaswaren, 1 Wage, Tischglocke, Küchenschwämme. Es wird alles auf die Zahl 20 eingestellt sein müssen.

Die Verpflichtung der Schülerinnen erstreckt sich auf zwei Jahre; es dürfen aber auch freiwillige Schülerinnen teilnehmen. — Unterrichtsstunden: im Sommer 4, im Winter 6.

Das Schulgeld wird betragen: im ersten Jahr für hiesige Schülerinnen 30 M, für auswärtige 50 M; im zweiten Jahr für hiesige Schülerinnen 45 M, für ausw. 75 M. — Das Schulgeld wird in 3 Raten eingezogen (April oder Mai, September und Januar).

Die Lebensmittel werden von der Stadt beschafft. Die Ausgaben betragen pro Jahr 600—700 M (11—12 M pro Woche für eine Schülerin).

Der Vorsitzende dankte Herrn Rektor Fromm namens des Gemeinderats für seine eingehenden Ausführungen und der Gemeinderat erhebt die Umwandlung der weibl. Fortbildungsschule in eine Haushaltungsschule, sowie die Anschaffung alles als erforderlich Bezeichneten auf Kosten der Stadt (bei nur hiesigen Geschäftsleuten) zum Beschluß.

Die vor dem Kriege übliche Verabreichung von sog. Visitationswecken an die Schüler sämtlicher hiesigen Schulen (Kostenpunkt insgesamt ca. 50 M) wird wieder aufgenommen werden.

Die Anschaffung eines Lehrmittelschranks (140 cm breit, 200 cm hoch, 100 cm tief) zur Unterbringung und Aufbewahrung der von Dr. Weidner gestifteten Lehrmittel soll im öffentlichen Abstreich vergeben werden.

G.-R. Schanz bringt Wüpfche für die Schule in Sprollenhaus und für den dortigen Handarbeitsunterricht vor, deren Erfüllung zugesagt wird. (Schluß folgt.)

Helft der Wartburg!

Zwei Jahre sind vergangen, seit der Verein „Freunde der Wartburg“ in Eisenach durch des Dichters Friedrich Lienhard kraftvolle Worte zur Unterstützung der Wartburg in ihrer Not aufrief. Ohne Beihilfen durch Reich und Land ließ der Verein alle Schäden an Dächern, Mauern, Fenstern beseitigen; das ganze Fachwerk der Burggebäude wurde durch Delanstreich geschützt. Die bisher wertvollste Hilfe aber war die Errichtung der Schwindischen Wandbilder durch den vom Verein beauftragten Bildwiederhersteller Paul Gerhardt-Düsseldorf. Dank seines Geheimverfahrens gelang es ihm, ohne Uebermalung die Fresken im Sängersaal und Landgrafenzimmer, selbst da, wo scheinbar alle Farbe geschwunden war, so herrlich wieder hervorzuzaubern, daß der Beschauer den Eindruck hat, Schwind habe eben erst seine Meisterwerke vollendet.

Im Frühjahr 1925 sollen die Schwindischen Fresken vom Leben der heiligen Elisabeth durch Gerhardt-Düsseldorf wieder hergestellt werden. Dann aber heißt es die 100—120 000 Mark ausbringen, um das gewaltige Mauerwerk am Palas der Burg von Grund auf zu erneuern. In den 800 Jahren seines Bestehens haben Wind und Wetter den alten Sand- und Griefenstein zum Teil so stark zerstört, daß ganze Kubikmeter Mauerwerks zerfallen.

Noch einmal wendet sich der Verein an alle Welt, mitzuwirken, daß die Kulturstätte erhalten bleibt. Ehrenpflicht jedes Deutschen sollte es sein, an dieser erhabenen Aufgabe mitzuwirken.

Für einen Mindestbeitrag von 2 Mark im Jahr auf das Postkontokonto Erfurt 25 898 wird man Mitglied des Vereins Freunde der Wartburg, Eisenach, Rathaus, Zimmer 16. Wer eine einmalige Spende von mindestens 100 Mark zahlt, wird lebenslangliches Mitglied und einfacher Ehrenförderer. Wer mindestens 200 Mark spendet, wird als Ehrenförderer ins Eiserne Buch der Wartburg eingetragen, das in großen Bankeitsaal der Burg allen Besuchern zur Schau liegt.

Helft alle mit, unser kostbares Kulturkleinod zu erhalten.

„F. d. W.“

triebskosten durch die Orts- und Reichssteuer und die Kranken- und Arbeitslosenversicherung übermäßig hoch geworden seien.

Stuttgarter Börse, 8. Jan. Das Erwähnenswerteste der heutigen Börse ist die große Festigkeit, welche die Vortrags-hypothekendarlehenanbahnung den Tag gelegt haben. Alte Württ. Hypothekendarlehenanbahnung zogen im Freiverkehr von 5,1 auf 6, Kreditlinie von 4,25 auf ca. 5,25 an. Der Aktienmarkt schwächte sich im Laufe des Tages ab, nachdem man zu ungefähr geläufigen Preisen eröffnet hatte. Man schließt zu den niedrigsten Kursen. Württ. Vereinsbank.

Stuttgarter Landesproduktbörse, 8. Januar. Preise unverändert.

Mannheimer Produktenbörse, 8. Januar. Man verlangt für die 100 Kilo: Weizen inf. 25 bis 25,50, ausl. 31—33,50, Roggen inf. 24,50—25, ausl. 27,50—28,50, Gerste 28—32,50, Hafer inf. 18,50—21, ausl. 19,50—24, Mais mit Sac 22,50—23, Weizenmehl Basis 0 40—41,75, Roggenmehl 37—38,50, Weizenkleie 14,25 bis 14,50.

Berliner Getreidepreise, 8. Januar. Weizen markt. 23,80 bis 24,30, Roggen 22,90—23,50, Sommergerste 28,10—29,30, Hafer 17,50—18,90, Weizenmehl 32,75—35, Roggenmehl 32—34,75, Weizenkleie 16—16,20, Roggenkleie 15—15,20, Raps 405, Weizen- und Sojabohnen 420—425.

Wärkte

Stuttgarter Schlachtochmarkt. Dem heutigen Markt waren zugeführt: 170 Ochsen, 23 Bullen, 290 Jungbullen, 293 Jungstiere, 139 Kühe, 1294 Kälber, 1406 Schweine, 48 Schafe und 1 Flegel. Davon blieben unverkauft: 10 Ochsen, 20 Jungbullen, 10 Jungstiere, 10 Kühe, 170 Kälber und 270 Schweine. Verkauf des Marktes: mäßig belebt, später abflauend, Ueberfluß. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

Ochsen: ausgewählte Tiere	48—48	Kälber: fetteste Maß u. beste Saugkälber	70—74
schöne Tiere	35—40	mittlere Maß und gute Saugkälber	63—66
schöne Tiere	38—44	geringe Kälber	50—59
gering genährte Tiere	38—44	Schafe: Marktämmer u. Jung, Sämmel	—
Bullen: ausgewählte Tiere	48—48	Weidemastkälber geschlachtet mit Kopf	58—64
schöne Tiere	38—41	vollfleischiges Schafschaf geschlachtet mit Kopf	78—80
gering genährte Tiere	32—36	Schweine: vollfleisch. Schweine von 200—240 Pfd.	73—80
Jungstiere: ausgew. Rinder	48—48	do. von 160—200 Pfd.	73—76
vollfleischige Rinder	48—6	do. Fleisch u. 100—160 Pfd.	67—71
schöne Rinder	30—37	do. unter 100 Pfd.	4—75
gering genährte Rinder	28—38	Sauen	—
Rühe: ausgewählte Rühe	17—26		
schöne Rühe	17—26		
gering genährte Rühe	12—16		

Wied- und Schweinepreise. Aalen: Ochsen das Paar 1020 bis 1150, Siere 350—400, Farrow 210—400, Kühe 200—492, Kälber und Jungvieh 125—350, Kälber 75—110 M. d. St. d. Schweine ningen: Milchschweine 22—27,50, Tattlingen: Milchschweine 18—26, Käufer 28 M. d. St.

Fruchtpreise. Aalen: Weizen 14, Gerste 12,80—13,50, Haber 7,50—9,50, Ravensburg: Weizen 12,35—13,75, Dinkel 9,50 bis 10, Roggen 11,50—12,50, Braugerste 12,50—12,75, Futtergerste 12—12,50, Hafer alt 11—12,40, neu 8,50—10,50, Erbsen: Gerste 12—12,80, Haber 8—8,8, Villingen: Haber 10,50, Raps alt: Weizen 15, Gerste alt 11,70, neu 10, Haber alt 12,80, neu 7,50—8,50, Akerbohnen 8,50, Weislingen a. St.: Weizen 10,50—12,80, Roggen 10,50, Hafer 7,80, Uraa: Dinkel 8,00, Gerste 10,50, Haber 8,80—9,30, Weizen 12—13, Roggen 10,30—12, Linfen 22, Reutlingen: Weizen 12,50—14, Gerste 12—12,50, Haber 8—11,00, Unterländer Dinkel 9, Linfen 20, Feldenheim: Aeren 12,50, Weizen 12,50, Gerste 13,8—14 Mark der Zentner.

Devisenkurs in Millionen

Berlin		7. Januar		8. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld
Holland	100 Guld	170,29	170,71	170,29	170,71
Belgien	100 Fr.	20,94	21,00	20,98	21,04
Norwegen	100 Kr.	63,87	64,03	64,02	64,18
Dänemark	100 Kr.	74,28	74,56	74,51	74,69
Schweden	100 Kr.	112,96	113,24	113,01	113,29
Italien	100 Lira	17,71	17,75	17,73	17,77
London	1 Pfd. Sterl.	19,99	20,04	20,02	20,07
Newyork	1 Dollar	4,195	4,205	4,195	4,205
Paris	100 Fr.	22,64	22,70	22,68	22,74
Schweiz	100 Fr.	81,72	81,92	81,72	81,92
Spanien	100 Peseta	58,88	59,02	58,88	59,02
D.-Oester.	100 000 Kr.	5,704	5,924	5,907	5,927
Portugal	100 000 Kr.	12,64	12,68	12,64	12,68
Ungarn	100 000 Kr.	5,795	5,815	5,80	5,82
Argentinien	1 Peso	1,678	1,682	1,678	1,682
Tokio	1 Yen	1,613	1,617	1,613	1,617
Danzig	100 D. Guld	9,30	79,50	79,40	79,60

Das Wetter

Die Ausbreitung des Hochdrucks über Mitteleuropa macht weitere Fortschritte, jedoch der Luftwirbel über der Nordsee ohne Einwirkung bleibt. Für Samstag und Sonntag ist ziemlich bewölktes und rauhes Wetter zu erwarten.

Handelsnachrichten

Dollarkurs Berlin, 8. Januar. 4,205 Bill. Mt. Neunorf 1 Dollar 4,20. London: 1 Pfd. St. 19,94. Amsterdam 1 Gulden 1,00. Zürich 1 Franken 0,618 Bill. Mt.

Dollarschuldenschein 90,40. Kriegsanleihe 9,89. Krona Frankon 8,25 zu 1 Pfd. St. 18,15 zu 1 Dollar.

Berliner Geldmarkt. Bei folgendem Angebot beträgt der Zinsfuß für tägliches Geld 9—11, für Monatsgeld 11—13 o. S. Privatkontokont 8%.

Zur Aufwertung. Am 9. Januar findet im Reichsfinanzministerium eine Besprechung mit Vertretern der Banken über Fragen statt, die mit der Aufwertung der in früheren Jahren erworbenen Stücke der Reichsanleihen in Zusammenhang stehen.

Weitere Ausfuhrerleichterungen. Mit Wirkung vom 10. Januar an ist eine ganze Reihe von Waren von den bisherigen Ausfuhrzöhlen befreit worden, wie Schweine, Malz, Hülsenfrüchte, Getreide, Grün- und Rohstoffe, Küchengewürze, Obst, Obstmark, Kaffee-Erzeugnisse, Eier usw., Federwolle, Fleisch und Zubereitungen von Fleisch, tierische Fette, Öle, pflanzliche Fette, Stärke und Stärkeerzeugnisse, Verbrauchs Zucker, Bier und Hefe aller Art, verschiedene Erzeugnisse der Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Geldumsatz. Das Stammaktienkapital der Kaiser-Dito A.G. Heilbronn soll im Verhältnis 30:1 auf Reichsmark 1 950 000. umgestellt werden, sodass jede Stammaktie im Nennbetrag von 1000 M auf 20 Reichsmark abgestempelt wird. Außerdem soll eine gesetzliche Reserve in Höhe von 195 000 Reichsmark gebildet werden. Die im Portefeuille der Gesellschaft befindlichen eigenen Aktien im Nennbetrag von 21 000 000 M werden im Interesse der Gesellschaft wie die Stammaktien umgestellt.

Amerika-Anleihen. Nach der Chicago Tribune wird demächst in Newyork eine Anleihe für 100 Millionen zur Zeichnung ausgesetzt werden. Ueber zwei weitere deutsche und schwedische Industrieanleihen schweben Verhandlungen.

Betriebseinstellung. Die Cleveland-Eisenwerke in Wolverhampton (England) haben den Betrieb geschlossen, weil die Be-

Finanzamt Neubürg.

Dieserjenige Arbeitnehmer, deren Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom Arbeitgeber durch Verwendung von Steuermarken abgeführt wird, werden aufgefordert, ihre Steuerkarte für 1924 und die im Kalenderjahr 1924 zum Abgeben von Marken verwendeten Markenblätter im Laufe des Monats Januar 1925 bei demjenigen Finanzamt einzu-liefern, das in der Steuerkarte für 1925 als zuständig genannt ist, und die Nummer der Steuerkarte für 1925 sowie die ausstellende Behörde anzugeben.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, durch Anschlag in den Geschäftsräumen auf diese Verpflichtung hinzuweisen.

Die Ablieferung der Steuerkarte geschieht am besten durch Uebersendung durch die Post, worauf auch die Quittung zurückgeschickt wird. Der Arbeitgeber kann die Einlieferung selbst übernehmen, und es empfiehlt sich im Interesse aller Beteiligten, daß die Arbeitgeber in möglichst weitem Umfang diese Uebermittlung übernehmen.

Die Versäumnis der Einlieferung kann durch Geldstrafen erzwungen werden.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß mit Wirkung ab 1. Januar 1925 eine Neubewertung der Sachbezüge beim Steuerabzug erfolgt ist. Näheres hierüber ist an den Rathhäusern angeschlagen.

Schützen-Verein Wildbad.

Morgen Samstag, den 10. Januar 1925 von 2 Uhr nachmittags ab

Übungsschießen. Zahlreiche Beteiligung erwartet das Schützenmeisteramt.

Württ. Pionier-Verein (Ortsgruppe Wildbad).

Am Samstag, den 10. Januar 1925, abds. 8 Uhr, findet in unserem Vereinslokal (Hotel Post) ein

Familien-Abend

statt. — Ich lade hierzu sämtliche Kameraden mit ihren werten Angehörigen, sowie Freunde und Gönner herzlich ein.

Glückshafen! (Freiwillige Gaben bitte Hotel Post abgeben.) Der Vorstand.

Turn-Verein Wildbad.

Heute abend Beginn der regelmä. Turnstunden. Schülerturnen 7 Uhr, aktive Turner 8 Uhr. Der Turnwart.



Heute abend 7 1/2 Uhr (B). empfielt Wader, Gärtner.

Kunststopferei

Kunstvolles Zuzewen von Rissen, Brandlöchern etc. an Stoffen, Anzügen usw. Annahmestelle: Anna Dausert, Wildbad (hinter Dependance Klump).

Bekanntmachung. Suchholz

In Abt. Spanplatz kann Suchholz geholt werden. Wildbad, 8. Jan. 1925. Städt. Forstamt.

Forstamt Calmbach. Beigholz-Verkauf.

Am Mittwoch, den 21. Januar 1925, vorm. 11 Uhr in Calmbach („Sonne“) aus Staatswald Eiberg, Abtlg. Sägerückerle, Sägoßp, Sägoßer, Sigbank, Tröschbach u. Farrenweise: Km. Eichen: 2 Prgl., 4 Anbr. Buchen: 7 Spälder, 138 Schr., 480 Klotz, 34 Anbr.; Erlen: 5 Prgl.; Birken: 13 Anbr. Uebr. Bbb. 37 Anbr.; Nadelh.: 244 Anbr.

Losverzeichnisse durch die Forstdirektion G. f. S. Stuttgart.



Radfahrer-Verein Wildbad.

Heute Freitag abend 8 Uhr Ausschuß-Sitzung in der „Eintracht“. Tagesordnung: 1. Gauauschußsitzung am 11. d. Mts. im Lokal. 2. Generalversammlung. Vollzähliges Erscheinen sehr notwendig. Der Vorstand.

Wir suchen am dortigen Plage für einen heißen Interessenten Pensions-Billa und bitten um gefällige Angebote. Wolff, Moos & Co. G. m. b. H. Immobilien, Bensheim, (Hessen)